

Vom Kandidaten zum Einwohnerrat

Untersuchungen zur repräsentativen Demokratie auf Gemeindeebene
in den Kantonen Aargau und Basel-Land

Abhandlung
zur Erlangung der Doktorwürde
der Philosophischen Fakultät I
der
Universität Zürich

vorgelegt von
Rudolf Burger
von Birr AG

Angenommen auf Antrag von Herrn Prof. Dr. Daniel Frei

Copy Quick, Zürich 1980



Digitized by the Internet Archive
in 2026

https://archive.org/details/IA41507202_0048

Vom Kandidaten zum Einwohnerrat

Untersuchungen zur repräsentativen Demokratie auf Gemeindeebene
in den Kantonen Aargau und Basel-Land

Abhandlung
zur Erlangung der Doktorwürde
der Philosophischen Fakultät I
der
Universität Zürich

vorgelegt von
Rudolf Burger
von Birr AG

Angenommen auf Antrag von Herrn Prof. Dr. Daniel Frei

Copy Quick, Zürich 1980



Teildruck

Die vollständige Arbeit erscheint unter dem gleichen Titel als Band 5 der Schriftenreihe "Zürcher Beiträge zur Politischen Wissenschaft" im Verlag Huber & Co. AG, Frauenfeld

INHALTSVERZEICHNIS

1. EINLEITUNG	Seite	11
1.1. Problemstellung		11
1.2. Relevanz der Arbeit		15
1.3. Literaturübersicht		18
1.3.1. Parlamentssoziologische Arbeiten		19
1.3.2. Beteiligung am Gemeindeleben		25
1.3.3. Lokale Machtstrukturen		29
1.4. Methodische Konzeption		33
1.4.1. Gemeindeauswahl		33
1.4.2. Die Daten		35
1.4.3. Auswertung und Darstellung des quantitativen Materials		36
1.5. Charakteristika der Baselbieter und Aargauer Einwohnerratsgemeinden		42
1.5.1. Einige Vergleiche für alle Gemeinden		42
1.5.2. Windisch und Birsfelden		51
2. DIE KANDIDATENAUFGSTELLUNG		55
2.1. Konsequenzen des Proporzsystems		55
2.2. Die Akteure: Parteien und parteiunabhängige Gruppen		58
2.2.1. Parteilisten		60
2.2.2. Listen parteiunabhängiger Gruppen		61
2.2.3. Die gewerblichen Listen in Windisch und Birsfelden		65
2.2.4. Der Misserfolg parteiunabhängiger Gruppen		69
2.3. Rekrutierung und Nomination der Kandidaten		74
2.3.1. Nicht-wählbare Teile der Gesamtbevölkerung		74
2.3.2. Probleme der Kandidatensuche: Repräsentativität, Qualifikation und Partizipationsbereitschaft		76
2.3.3. Die Kandidatenaufstellung in Windisch 1973 und Birsfelden 1975		82
2.3.4. Motive für die Kandidatur		89
2.3.5. Die Kandidaten in Basel-Land 1971/75 und im Aargau 1973/77		96
2.4. Schlussfolgerungen zur Kandidatenaufstellung		113
3. EINWOHNERRATSKANDIDATEN - EIN POLITISCHES PORTRAIT		120
3.1. Vorbemerkungen zur Methode		121
3.2. Informelle politische Partizipation: Meinungsführer		123
3.3. Parteipolitisches Engagement		128
3.3.1. Parteiidentifikation		128
3.3.2. Parteiaktivitäten		137

3.4. Formale politische Partizipation	142
3.4.1. Stimm- und Wahlbeteiligung	142
3.4.2. Erfolglose Kandidaturen	143
3.4.3. Kommissionsmitgliedschaften und politische Aemter	148
3.5. Politische Ambitionen	156
3.5.1. Erneute Kandidatur für den Einwohnerrat	157
3.5.2. Kandidatur für ein anderes Amt auf Gemeindeebene	158
3.5.3. Kandidatur für ein Amt auf Kantons- oder Bundesebene	160
3.5.4. Wer ist politisch ambitiös?	162
3.6. Zusammenfassung	165
4. KANDIDATEN UND WAHLRESULTATE: DETERMINANTEN DES ERFOLGES	170
4.1. Theoretischer Rahmen	170
4.1.1. Problemorientierte Wahlentscheidung	171
4.1.2. Persönliche Merkmale der Kandidaten als Grund der Wahlentscheidung	173
4.1.3. Zur Relevanz von Sozialdaten und Verhaltensvariablen: einige rollentheoretische Überlegungen	175
4.1.4. Variablenkatalog und Untersuchungsmodell	176
4.2. Hypothesen: Wovon hängt das Wahlresultat ab?	182
4.2.1. Hypothesen für die Variablen des Variablenkataloges	182
4.2.2. Ansichten der Kandidaten zum Wahlergebnis	188
4.3. Methodisches Vorgehen	194
4.3.1. Probleme einer Wählerbefragung	194
4.3.2. Operationalisierung der abhängigen Variablen (Wahlresultat)	196
4.3.3. Operationalisierung der unabhängigen Variablen	202
4.3.4. Zur Operationalisierung der Variable "Bekanntheitsgrad"	205
4.3.5. Statistiken der Zusammenhangsanalyse	206
4.4. Analyse: Merkmale der Kandidaten und ihre Wahlresultate	211
4.4.1. Sozialdaten (1): Die Variablen der zugeschriebenen sozialen Position	211
4.4.2. Sozialdaten (2): Die Variablen der erworbenen sozialen Position	224
4.4.3. Die Variablen der politischen und sozialen Partizipation	260
4.4.4. Die übrigen Variablen	285
4.5. Wahlentscheidende und andere Variablen: eine Übersicht über die Ergebnisse	301

5. DIE GEWAELHTEN EINWOHNERRAETE	310
5.1. Vertretene Parteien und Parteistärken	310
5.2. Erneute Fragen zur Repräsentativität	318
5.2.1. Verteilung nach Geschlecht, Alter, Dauer der Orts- anwesenheit	318
5.2.2. Mieter und Hausbesitzer	328
5.2.3. Einige Schlussfolgerungen zum Repräsentativitätsproblem	330
5.3. Weitere Merkmale	333
5.3.1. Konfession und Kinderzahl	333
5.3.2. Soziale Schicht	335
5.3.3. Politische und soziale Partizipation	340
5.3.4. Zusammenfassung	345
6. ZUSAMMENFASSUNG DER WICHTIGSTEN ERGEBNISSE, SCHLUSSFOLGERUNGEN	346
ANHANG	353
1. Die Befragungen in Windisch und Birsfelden	353
2. Der Fragebogen	356
3. Erhebungsbogen für Daten aus schriftlichen Quellen	367
4. Erhebungsbogen Einwohnerratswahlen BL	368
5. Die Konstruktion von Indices	369
6. Tabellen	376
7. Quartiereinteilungsskizzen für Windisch und Birsfelden	380
LITERATURVERZEICHNIS	382

1. EINLEITUNG

In diesem einleitenden Teil werden zunächst die Problemstellung der vorliegenden Untersuchung erläutert (1.1.) und einige Ueberlegungen zu ihrer Relevanz angestellt (1.2.). Die Literaturübersicht (1.3.) stellt Arbeiten mit ähnlichen oder für das Thema dieser Untersuchung sonst ergiebigen Fragestellungen vor. Die darauffolgenden Ausführungen zur methodischen Konzeption (1.4.) enthalten Informationen über das Vorgehen bei der Auswahl der Gemeinden und der Datenbeschaffung sowie Hinweise auf die Darstellung der empirischen Resultate, die vor allem mit sozialwissenschaftlichen Techniken weniger vertraute Leser ansprechen sollen. Anhand von verschiedenen statistischen Angaben wird schliesslich versucht, die einbezogenen Gemeinden näher zu charakterisieren und sie miteinander zu vergleichen (1.5.).

1.1. PROBLEMSTELLUNG

Seit es in den modernen industrialisierten Staaten nach demokratischen Prinzipien organisierte Wahlen gibt, wird dem Wahlakt von den Medien und auch von den Bürgern in der Regel mehr Interesse entgegengebracht als anderen innenpolitischen Ereignissen. Dies erstaunt kaum: Gemäss der Theorie der Repräsentativverfassung, als deren klassischer Vertreter John Stuart Mill zu betrachten ist,¹ wird durch den Wahlakt einigen wenigen das Recht verliehen, im Namen des Ganzen zu handeln; die Machtausübung einer kleinen Minderheit über eine grosse Mehrheit wird legitimiert. Die grosse theoretische und praktische Bedeutung dieses "Legitimationsschrittes" einerseits und darüber hinaus die gute Zugänglichkeit des Datenmaterials andererseits sind Gründe für die dominierende Stellung der Wahlforschung innerhalb der

¹Das Werk von John Stuart Mill, "Representative Government", erschien im Jahre 1861.

Politikwissenschaft (vgl. dazu Pelinka et al. 1971:9; Prewitt 1970:13f.). Auch in der Schweiz ist die Disziplin der "Wahlanalysen" und das damit zusammenhängende Arbeitsfeld der "Parlamentssoziologie" verglichen mit anderen Gebieten relativ fortgeschritten.² Es muss aber festgestellt werden, dass sich die Mehrzahl solcher Untersuchungen auf die übergeordnete nationale Ebene konzentriert; kantonale und kommunale Studien sind seltener. Mit der vorliegenden Arbeit wird versucht, einen Beitrag zur Wahlforschung auf der bisher wenig bearbeiteten Ebene der Gemeinde zu leisten.

Gegenstand der Untersuchung sind die Einwohnerratswahlen der Jahre 1971 und 1975 in den 7 parlamentarisch organisierten Gemeinden des Kantons Basel-Land sowie die Wahlen der Jahre 1973 und 1977 in den 15 Einwohnerratsgemeinden des Kantons Aargau. Ein besonderer Akzent liegt auf der Analyse der erstmaligen Einwohnerratswahlen in Windisch AG 1973 und Birsfelden BL 1975. Bedingt durch die Datenlage (vgl. S. 34) werden von den übrigen Ortschaften der beiden Kantone die Baselbieter Gemeinden detaillierter untersucht werden können.

Für die Strukturierung der Fragen, die an solche Wahlen gestellt werden können, sei hier ein analytisches Modell beigezogen, das von Kenneth Prewitt stammt. Prewitt (1970:7f.) betrachtet Wahlen als stufenweisen Selektions- und Eliminationsprozess, in dem von der Gesamtbevölkerung schliesslich diejenigen wenigen Personen ausgesucht werden, die repräsentative Funktionen übernehmen. Diesen Prozess vergleicht er mit einem "Chinese Box Puzzle", in dem das kleinste Element im nächstgrösseren enthalten ist, dieses zweite Element wieder im nächstgrösseren usw. Die untenstehende Figur stellt in



² Insbesondere sind hier die Arbeiten zu erwähnen, die am Berner "Forschungszentrum für Schweizerische Politik" entstanden sind: Gruner/Frei 1966; Gruner et al. 1970; Gruner 1973; Gruner et al. 1975.

Anlehnung an Prewitt das "Zusammensetzspiel" dar, das für diese Arbeit relevant ist: Im grössten Element ist die Gesamtbevölkerung enthalten, im nächstkleineren noch derjenige Teil davon, der das Wahlrecht besitzt, das dritte Element umfasst die nominierten Kandidaten und das letzte schliesslich die gewählten Mandatsträger. - Gemäss diesen vier Selektionsschritten sind die in den weiteren Kapiteln der vorliegenden Arbeit behandelten Themen wie folgt zu ordnen:

Das zweite Kapitel befasst sich mit den Elementen 1, 2 und 3. Ausgehend von Ueberlegungen über die Konsequenzen des schweizerischen Proporzsystems wird zunächst untersucht, welche Akteure (Parteien, parteiunabhängige Gruppen) sich in welchem Ausmass und mit welchem Erfolg an den fraglichen Gemeindeparlamentswahlen beteiligt haben. Weiter wird im zweiten Kapitel die Rekrutierung und Nomination der Kandidaten behandelt. Nach einer kurzen Darstellung des ersten Selektionsschrittes, der Beschreibung der nichtwählbaren Teile innerhalb der Gesamtbevölkerung (Elemente 1 und 2 in der Figur) folgen theoretische Ausführungen und empirische Untersuchungen zum zweiten Selektionsschritt, der Aufstellung der Kandidaten aus dem Kreis der wählbaren Bevölkerung (Elemente 2 und 3).

Im dritten Kapitel wird ein politisches Portrait der Einwohnerratskandidaten von Windisch (Wahlen 1973) und Birsfelden (1975) gegeben. Da es sich bei ihnen bereits um eine starke Auslese aus der wählbaren Bevölkerung handelt, ist zu vermuten, dass es Personen sind, die sich politisch überdurchschnittlich aktiv betätigen. Die Betrachtung ihres politischen Engagements in dreifacher Hinsicht (informell, in der Partei, formal) und ihrer politischen Ambitionen wird zeigen, inwiefern diese Annahme zutrifft.

Das Hauptgewicht der Untersuchung liegt auf dem vierten Kapitel, der Analyse des Selektionsschrittes von den Kandidaten zu den Gewählten (Elemente 3 und 4 in der Figur). Im Vordergrund steht demnach nicht die Wahlentscheidung für eine Partei, sondern diejenige für die einzelnen Kandidaten: Welche persönlichen Merkmale eines Kandidaten beeinflussen die Wahlentscheidung der Stimmbürger? Oder, anders gefragt: Welche Charakteristika eines Kandidaten erhöhen seine Wahlchancen? - Die hierzu nach theoretischen Ueberlegungen formulierten Hypothesen werden anhand von Daten aus Windisch, Birsfelden und den sechs weiteren Baselbieter Gemeinden sowohl für die gesamte Wählerschaft als auch - sofern es die Datenlage erlaubt - für die

Wähler der einzelnen Parteien einer empirischen Prüfung unterzogen.

Im fünften Kapitel wird die Zusammensetzung der gewählten Einwohnerräte bezüglich verschiedener Kriterien mit den Kandidaten insgesamt und - soweit möglich - mit der stimmberechtigten Bevölkerung verglichen. Dabei geht es auch um Fragen der Repräsentativität, wie sie bereits bei der Kandidatenaufstellung (Kapitel 3) behandelt werden.

Im sechsten und letzten Kapitel werden die Ergebnisse zusammengefasst und einige Schlussfolgerungen gezogen.

Im verbleibenden Teil dieses einleitenden ersten Kapitels wird zunächst kurz die Frage der Relevanz dieser Untersuchung angeschnitten. Dann wird mit einer Literaturübersicht versucht, sie in die bestehende politologische und soziologische Literatur einzureihen. Nach einigen ersten Erläuterungen zur methodischen Konzeption werden schliesslich die 7 Baselbieter und die 15 Aargauer Einwohnerratsgemeinden kurz charakterisiert.

Ein Vergleich dieser Inhaltsübersicht mit dem von Prewitt (1970:6-14) für eine ähnliche Arbeit aufgestellten Untersuchungsplan zeigt, dass hier verschiedene Fragestellungen nicht enthalten sind. So könnte z.B. zwischen die Elemente "wählbare Bevölkerung" (2 in der Figur) und "Kandidaten" (3) dasjenige der "politisch aktiven Bevölkerung" geschoben werden. Als weiterer Selektionsschritt wäre dann die Ausscheidung der politisch aktiven innerhalb der wählbaren Teile der Bevölkerung zu beschreiben. - In der vorliegenden, als Einzelarbeit konzipierten Untersuchung konnten also nicht alle Stadien eines kommunalen Wahlprozesses erschöpfend behandelt werden. Es muss anderen Arbeiten vorbehalten bleiben, bestehende Lücken zu füllen.

6. ZUSAMMENFASSUNG DER WICHTIGSTEN ERGEBNISSE, SCHLUSSFOLGERUNGEN

"Vom Kandidat zum Einwohnerrat" ist der Titel der vorliegenden Arbeit. Sie setzte sich zum Ziel, verschiedene Aspekte eines Wahlprozesses auf Gemeindeebene anhand der Aargauer und Baselbieter Einwohnerratsgemeinden zu untersuchen. - Ein analytisches Modell von Prewitt (1970:7f.) stellt eine Wahl anschaulich als stufenweisen Selektions- und Eliminationsprozess dar, in dem aus der Gesamtbevölkerung schliesslich die wenigen Repräsentanten ausgelesen werden. In Anlehnung an dieses Modell werden der Reihe nach Untersuchungen zu den Akteuren der Einwohnerratswahlen in den Kantonen Aargau und Basel-Land, zur Kandidatenrekrutierung, zu den Determinanten des Wahlerfolges und zu den schliesslich gewählten Einwohnerräten angestellt. Vorrangig wird dabei die Frage behandelt, wie "repräsentativ" die Kandidatenauslese und die gewählten Gemeindeparlamente sind. Kapitel 3 fällt etwas aus diesem strukturierten Rahmen heraus, dort werden Informationen zur bisherigen politischen Aktivität und zu den politischen Ambitionen der Windischer und Birsfelder Einwohnerratskandidaten vermittelt.

Wesentliche Randbedingungen für diese Wahlen werden durch das Wahlsystem (Kandidatenproporz) gegeben. Ein geringer Stimmenanteil reicht bereits zum Gewinn eines Mandates, also beteiligen sich relativ viele Akteure an den Wahlen; die Parteien sind dabei gegenüber den parteiunabhängigen Gruppen deutlich in der Ueberzahl. Da volle Listen mehr Stimmen versprechen und geringere Panaschierverluste erwarten lassen, werden möglichst viele Kandidaten nominiert. Aus der Sicht des Wählers bietet sich eine Flut von Kandidaten zur Wahl an, dabei darf aber nicht übersehen werden, dass die meisten Parteien in den Gemeinden der untersuchten Grössenordnung (alle unter 20 000 Einwohner) häufig Mühe haben, genügend Kandidaten für die angestrebte gut besetzte Liste zu finden.

In diesen Aargauer und Baselbieter Gemeinden sind vor allem SP, FdP und CVP präsent, dieselben Parteien, die auch in der kantonalen Politik tonangebend

sind. Von den übrigen Parteien beteiligte sich nur gerade der LdU an allen fraglichen Einwohnerratswahlen; EVP, BGB/SVP und die weiteren kleineren Parteien verfügen häufig nur über locker organisierte Ortsparteien, die im wichtigen Stadium der Wahlvorbereitungen überfordert sind. Noch in vermehrtem Masse trifft dies auf parteiunabhängige Gruppen zu. Parteiunabhängige Gruppen - das zeigt eine diesbezügliche Analyse der bisher im Aargau durchgeführten Einwohnerratswahlen - sind zum Misserfolg prädestiniert: Sowohl ihr überparteiliches Profil wie auch die eventuelle Popularität gewisser Einzelpersonlichkeiten verblassen während dem Gang der wenig spektakulären Einwohnerratsarbeit bald einmal. Parteiunabhängige Gruppen müssen also bei Erneuerungswahlen i.d.R. Sitz- oder mindestens Stimmenverluste in Kauf nehmen. Nur die wenigsten von ihnen überstehen mehrere Erneuerungswahlen.

Die Rekrutierung und Nomination der Kandidaten stellt die Parteien vor verschiedenste Probleme. Viele Stimmberechtigte sind an einer Kandidatur gar nicht interessiert: sei es, weil sie mit Politik nichts zu tun haben wollen (das gilt für den grösseren Teil), sei es, weil ihnen andere Möglichkeiten der Einflussnahme auf die Gemeindepolitik offenstehen. Im Beispiel Windisch und Birsfelden wurden knapp doppelt so viele Personen auf eine Kandidatur hin angesprochen, wie schliesslich auf den Listen figurierten. Auf eine Zusage gab es also etwa eine Absage. Genügend Bewerber zu finden, ist vielfach ein wichtiges Ziel der Parteien bei der Rekrutierung der Kandidaten. Es ist selbstverständlich, dass dann an die Qualifikation möglicher Bewerber kaum noch gedacht wird, viel wichtiger ist ihre Unbescholtenheit. Die "Repräsentativität" ihrer Wahlvorschläge glauben die meisten Parteien bereits gewährleistet, wenn nebst Vertretern "aus allen sozialen Schichten" auch Frauen und Jugendliche die Liste zieren. Vielfach gibt man sich aber bereits mit einer Frau oder einem Jugendlichen zufrieden, Kandidaten aus diesen beiden Gruppen haben mitunter eindeutige Alibi-Funktionen zu erfüllen. Wenn unter einer "repräsentativen" Liste - wie in dieser Arbeit - verstanden wird, dass alle Interessen vertreten sein sollten ("interessengebundene Repräsentativität"), dann ist der Schluss der, dass vor allem zuwenig Frauen, jugendliche und ältere Personen sowie zuwenig Mieter rekrutiert werden.

Welches sind überhaupt die Motive für eine Kandidatur? Ein grosser Teil der Bewerber fühlt sich von den Parteien gedrängt, viele wollen der Partei einen

Gefallen tun. Anderen geht es darum, auch nach der Abschaffung der Gemeindeversammlung in der Gemeindepolitik noch effektiv mitbestimmen zu können. Häufig genannt wird auch einfach das "Interesse an der Gemeindepolitik" oder das Interesse an bestimmten Sachfragen. Im weitem wird auch kandidiert, weil es zur Bürgerpflicht gehört. Nur selten ist - immer nach den Aussagen der Kandidaten - persönlicher Ehrgeiz mit im Spiel.

Einwohnerratskandidaten sind erwartungsgemäss politisch überdurchschnittlich aktive Bürger, sie gehen fleissig an die Urne, viele haben schon einmal für ein anderes politisches Amt kandidiert, etliche verfügen bereits über Erfahrungen in einem anderen politischen Amt. Allerdings macht nur eine Minderheit aktiv bei einer Partei mit, und erstaunliche 6% der Windischer und Birsfelder Kandidaten geben an, sich an Gesprächen über Politik nicht zu beteiligen. In der Gemeindepolitik sehen einige Kandidaten auch ein Sprungbrett für ihre politische Betätigung auf anderen Ebenen, z.B. im kantonalen Parlament.

Grosse Wahlchancen haben Kandidaten mit politischer Erfahrung oder mit einem sozialen Beruf (v.a. Lehrer). Etwas weniger deutlich werden auch Bewerber mit grossen Familien (4 Kinder und mehr), Kandidaten aus gehobenen sozialen Schichten, solche mit berufsbedingten Kontakten zur Bevölkerung und ortsverbundene sowie in den Vereinen aktive Kandidaten bevorzugt. Bessere Wahlchancen sind nicht nur beim Zusammentreffen all dieser Merkmale wahrscheinlich - obwohl in einem solchen Fall natürlich ein kumulativer Effekt festzustellen ist - sondern bereits dann, wenn ein Kandidat eine dieser Eigenschaften aufweist. Entgegen den Erwartungen sind Frauen und jüngere Bewerber nicht benachteiligt, vor allem dann nicht, wenn berücksichtigt wird, dass sie gewöhnlich über geringe politische Erfahrungen verfügen. Auch die Platzierung auf der Liste ist unwesentlich, und schliesslich sind auch häufig in den Wirtschaften der Gemeinde anzutreffende Kandidaten nicht im Vorteil. - Vom Resultat dieser Analyse - die sich auf die von den Wählern abgegebenen Panaschierstimmen abstützt - weichen die Ergebnisse einer parteispezifischen Analyse (Grundlage dafür sind die parteieigenen Stimmen) nur wenig ab. Bemerkenswert ist allerdings, dass Frauen parteiintern doch erheblich benachteiligt werden (insgesamt resultieren für Frauen deshalb deutlich geringere Wahlchancen). Einige andere Merkmale dagegen (soziale Schicht, Kontakte durch berufliche Tätigkeit, Ortsverbundenheit) werden vom Wähler

bei den Kandidaten seiner bevorzugten Partei weniger beachtet als bei jenen, an die er Panaschierstimmen abgibt.

Von den kandidierenden Parteien haben die meisten Mandate erhalten, leer ausgegangen sind jedoch viele parteiunabhängige Gruppen. Die stärksten Parteien in den Aargauer und Baselbieter Einwohnerräten sind erwartungsgemäss FdP, SP und CVP. Wiederum gemessen am Kriterium der interessengebundenen Repräsentativität sind unter den gewählten Einwohnerräten v.a. Frauen, jugendliche Personen und Mieter schlecht vertreten. Im Vergleich mit der stimmberechtigten Bevölkerung sind Einwohnerräte durchschnittlich älter, sie sind auch seit längerer Zeit in ihren Gemeinden wohnhaft. Einwohnerräte gehören eher gehobenen sozialen Schichten an, in überraschend geringem Ausmass sind in Windisch und Birsfelden jedoch Selbständigerwerbende vertreten. Im Gegensatz dazu stellen im öffentlichen Dienst beschäftigte Personen - unter ihnen viele Lehrer - verhältnismässig viele Einwohnerräte. Wer gewählt worden ist, verfügt häufig bereits über anderweitige Erfahrungen in politischen Aemtern, war Mitglied von Kommissionen und ist i.d.R. auch in den Vereinen der Gemeinde recht aktiv.

* * *

Diese Ergebnisse der vorliegenden Arbeit basieren auf der Analyse der Einwohnerratswahlen in Windisch (1973) und Birsfelden (1975), für einige Aspekte konnten die 6 weiteren Baselbieter (1971/75) und - in geringerem Ausmass - auch die 14 weiteren Aargauer Einwohnerratsgemeinden (1973/77) berücksichtigt werden. Zweifellos dürfen also diese Resultate nicht unbesehen auf andere parlamentarisch organisierte Gemeinden in der Schweiz übertragen werden. Insbesondere in Grossstädten geht die Wahl der Legislative anders vonstatten (z.B. gibt es mehrere Wahlkreise). Dort sind auch die weiteren Bedingungen und Umstände der Wahl (u.a. Parteistrukturen, Wahlpropaganda) nicht mit den Verhältnissen in kleineren und mittelgrossen Gemeinden (6000-20 000 Einwohner) vergleichbar. Es ist aber anzunehmen, dass die Ergebnisse der vorliegenden Arbeit für parlamentarisch organisierte Gemeinden einer ähnlichen Grössenordnung eine gewisse Relevanz haben. Die Schwierigkeiten der Parteien, genügend Kandidaten zu finden, die Untervertretung von Frauen und Jugendlichen unter Kandidaten wie Gewählten, die guten Wahlchancen für Bewerber mit politischer Erfahrung z.B. sind Resultate, die mit Sicherheit für viele weitere Gemeinden zutreffen. Die Gültigkeit der Ergebnisse dieser

Arbeit scheint allerdings dort in Frage gestellt, wo stark unterschiedliche sozio-demographische und politische Strukturen vorliegen. Z.B. verfügt in den hier untersuchten Gemeinden keine Partei über eine absolute Mehrheit, wogegen in überwiegend katholischen Ortschaften die CVP häufig Mehrheitspartei ist.

* * *

Die vielbeklagte Abstinenz des Bürgers von der Politik äussert sich nicht nur in geringen Stimmbeteiligungen bei Wahlen und Abstimmungen, sie äussert sich auch in der nächsten Stufe der politischen Partizipation: Viele Bürger zeigen keinerlei Interesse, für ein Gemeindeparlament zu kandidieren. Die Parteien, die sich eingedenk der Tücken des Wahlsystems um vollständig besetzte Listen bemühen, haben oft die grössten Schwierigkeiten, genügend Kandidaten zu finden. Den Parteien aber können verschiedene Vorwürfe nicht erspart werden. Häufig ist die Suche nach Kandidaten zuwenig originell; der Versuch, Bewerber ausserhalb des bekannten Mitglieder-Sympathisantenkreises zu finden, wird nur selten gemacht. Vor allem fehlen Bemühungen, politisch weniger erfahrenen Bewerbern, womöglich noch Repräsentanten irgendwelcher Minderheiten (z.B. Frauen, Jugendlichen) zu einer echten Wahlchance zu verhelfen (Möglichkeiten dazu gäbe es einige, u.a. Vorkumulation auf der Liste, spezielle Wahlpropaganda). Nicht zu Unrecht kommen sich nach den Wahlen etliche, bisher politisch weniger aktive Kandidaten von ihrer Partei verschaukelt vor: Gewählt worden sind Parteiaktivisten und politisch erfahrene Kandidaten. Die anderen werden es sich gut überlegen, ob sie bei den nächsten Wahlen wieder die Funktion eines Listenfüllers oder Alibikandidaten übernehmen wollen. Den Parteien ist offensichtlich noch zuwenig bewusst, in welchem Masse sie es in der Hand hätten, durch eine geschickte Kandidatenrekrutierung und ein überlegtes Verhalten bei der Wahl nebst den "üblichen" Parteipropaganda und politisch erfahrenen Bewerbern auch anderen, bisher politisch weniger aktiven Kandidaten zu einem Mandat zu verhelfen.

Die Bevorzugung von politisch erfahrenen Kandidaten wird jedoch vor allem auch durch das Wahlsystem ermöglicht. Bei der Abgabe von Panaschierstimmen und bei der parteiinternen Ausmarchung, das zeigt die vorliegende Arbeit deutlich, spielt die bisherige politische Aktivität eine erhebliche Rolle. Bereits auf Gemeindeebene werden also vornehmlich Kandidaten gewählt, die sich schon politisch betätigt haben; bereits in den Einwohnerräten kumuliert sich so eine Reihe von weiteren politischen Aemtern. Diese Tatsache

stellt gewissermassen die Kehrseite der politischen Apathie vieler Bürger dar: Wenn es schon auf Gemeindeebene derart schwierig ist, in politische Ämter gewählt zu werden, fragt es sich, wo überhaupt der Einstieg in die Politik erfolgen soll. Von einer Aenderung des Wahlsystems ist kaum allzuviel zu erwarten, nebst den Gemeindebehörden kommt also wiederum den Parteien eine Schlüsselstellung zu: Sie beide sind i.d.R. für die Besetzung der meisten Gemeindegemeinschaften zuständig, an ihnen liegt es, Bürger zu berücksichtigen, die noch keine politischen Erfahrungen vorweisen können. Ein anderes Mittel, um Kommissionen und auch durch Wahlen bestimmte Ämter einem weiteren Kreis der Stimmbürger zu öffnen, bestünde darin, die Amtszeiten zu beschränken. - Dass die erhebliche Ämterakkumulation, wie sie in Windisch und Birsfelden festgestellt wurde, auch ihre Vorteile hat (z.B. speditivere Arbeit in einzelnen Gremien, die Information über verschiedene Ämter und Ebenen hinweg ist besser gewährleistet), darf nicht verschwiegen werden. Zu einem Zeitpunkt, wo die politische Apathie vieler Stimmbürger zur Diskussion steht, überwiegen aber die Nachteile einer Konzentration vieler politischer Ämter auf wenige Personen eindeutig.

LEBENS LAUF

Am 2. März 1950 wurde ich als drittes Kind meiner Eltern in meinem Heimatort Birr im Kanton Aargau geboren. Anfangs 1951 zogen meine Eltern nach Brugg, wo mein Vater als Schriftsetzer arbeitete. In Brugg erhielt ich die elementare Schulbildung. Von 1966 an besuchte ich die Kantonsschule Aarau, die ich 1970 mit der Matur Typus B abschloss. Im April 1970 begann ich mit meinem Studium. An der Universität Zürich, am Colby-College in Waterville / USA (Sept. 71 - Juni 72, vermittelt durch das "International Institute of Education") und an der Universität Bielefeld (Okt. 73 - Juli 74, Stipendium des Deutschen Akademischen Austauschdienstes) studierte ich in der Folge im Hauptfach Geschichte, im ersten Nebenfach Politische Wissenschaft und im zweiten Nebenfach praktische Sozialökonomie. Meine Lizentiatsarbeit, eine Untersuchung der Einwohnerratswahlen in Windisch - gewissermassen eine Vorstudie zur vorliegenden Dissertation - schrieb ich im Fach Politische Wissenschaft. Die Lizentiatsprüfungen absolvierte ich im Mai 1976. Bereits während meines Studiums war ich an verschiedenen Schulen als Stellvertreter bzw. Hilfslehrer engagiert gewesen. Mit dieser Tätigkeit fuhr ich auch nach dem Lizentiat fort. Im Rahmen eines Projektes des Schweizerischen Nationalfonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung begann ich Mitte 1976 auch mit den Arbeiten an der Dissertation. Im November 1978 bestand ich die Doktoratsprüfung. Bereits im September 1978 hatte ich eine Stelle als Auslandredaktor bei Radio DRS in Bern angetreten, wo ich auch jetzt noch arbeite.

